

Unterschriftenübergabe am Bundesgesundheitsministerium (BMG)

BVND, DDG und diabetesDE – Deutsche Diabetes-Hilfe mahnen Nachbesserungen im GVSG an

Berlin – Mit einer Petition hatte der Bundesverband niedergelassener Diabetologen e.V. (BVND) in den vergangenen Wochen die Politik aufgefordert, Nachbesserungen am Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) vorzunehmen. Die Auswirkungen des Gesetzes auf die Versorgung von chronisch erkrankten Menschen waren im derzeitigen Entwurf schlichtweg nicht mitbedacht worden. Heute um 11:00 Uhr übergeben Diabetologinnen und Diabetologen gemeinsam mit ihren Patientinnen und Patienten beim Bundesministerium für Gesundheit (BMG) über 90.000 Unterschriften und fordern entschlossen die Politik zum Handeln auf.

„Wir sind heute hier, um auf die Bedürfnisse von chronisch Erkrankten und uns Ärztinnen und Ärzten, die diese versorgen, aufmerksam machen. Der derzeitige Entwurf des GVSG bedroht die Existenz vieler diabetologischer Schwerpunktpraxen und damit ganz unmittelbar die künftige Versorgung von chronisch und schwer an Diabetes erkrankten Menschen“, so Dr. Iris Dötsch, stellvertretende BVND-Vorsitzende. „Die Problematik hat man inzwischen auch im BMG erkannt. Wir fordern nun die Politik auf, das Gesetz im parlamentarischen Verfahren entsprechend nachzubessern. Entsprechende konkrete Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch!“

Die Deutsche Diabetes Gesellschaft e.V. (DDG) teilt diese Einschätzung uneingeschränkt: „Die Zukunft der diabetologischen Schwerpunktpraxen, die mit ihren strukturellen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen eine umfassende Expertise bei der Versorgung von Menschen mit Diabetes aufweisen, ist mit dem aktuellen Entwurf des GVSG in akuter existenzieller Gefahr. Inzwischen leben mehr als 9 Millionen Menschen in Deutschland mit Diabetes. Jährlich erkranken ca. 500.000 Menschen neu. Es ist inakzeptabel, dass die Politik die medizinische Versorgung dieser Menschen aufs Spiel setzt, weil die erforderliche leitliniengerechte Behandlungsintensität und -qualität nicht mehr vergütet werden kann. Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, das Gesetz anzupassen und die Bedürfnisse von Menschen mit Diabetes endlich ernst zu nehmen“, erläutert Dr. med. Tobias Wiesner, DDG Vorstandsmitglied und niedergelassener Diabetologe.

Auch diabetesDE - Deutsche Diabetes-Hilfe sorgt sich um die künftige Versorgung von Diabetes-Patientinnen und -patienten: „Vor zwei Wochen hatten wir ein Treffen mit 40 engagierten Menschen mit Diabetes, die sich entsetzt zeigten über die bisherige Version des GVSG. Sie fordern mehr Respekt für ihr tägliches Diabetes-Management und die engmaschige Versorgung in den Diabetes-Praxen“, sagt Nicole Mattig-Fabian, Geschäftsführerin von diabetesDE – Deutsche Diabetes-Hilfe.

Für kritisch befunden werden insbesondere die geplante Umstellung von Quartalspauschalen auf Jahrespauschalen für die Versorgung von chronisch erkrankten Menschen sowie die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Kriterien unter welchen die Vorhaltepauschalen gestaffelt ausgezahlt werden.

Ihr Kontakt für Rückfragen:

Bundesverband Niedergelassener Diabetologen e.V. (BVND)

Oliver P. Spinedi
c/o med info GmbH
Hainenbachstr. 25
89522 Heidenheim an der Brenz
E-Mail: presse@bvnd.de

Deutsche Diabetologische Gesellschaft (DDG)

Pressestelle DDG
Michaela Richter / Christina Seddig
Postfach 30 11 20
70451 Stuttgart
Tel.: 0711 8931-516/-652
Fax: 0711 8931-167
E-Mail: richter@medizinkommunikation.org
seddig@medizinkommunikation.org

diabetesDE Deutsche Diabetes-Hilfe e.V.

Nicole Mattig-Fabian (Geschäftsführung)
Albrechtstr. 9
10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 201 677-12
Fax: +49 (0)30 201 677-20
E-Mail: mattig-fabian@diabetesde.org
www.diabetesde.org
www.deutsche-diabetes-hilfe.de

Thieme Communications
Julia Hommrich
Pf 30 11 20, 70451 Stuttgart
Tel.: +49 (0)711 8931 423
Fax: +49 (0)711 8931 167
E-Mail: hommrich@medizinkommunikation.org
www.diabetesde.org
www.deutsche-diabetes-hilfe.de